

8. Beleuchtung der Strafanstaltsgebäude mit Gas.

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung dankend entgegen.

9. Reorganisation des Bauwesens.

Die Bürgerschaft genehmigt die von der Deputation wegen Reorganisation des Bauwesens vorgelegten Grundzüge für die Organisation des öffentlichen Bau-dienstes mit den vom Senat beschlossenen Abänderungen.

10. Wahl von Mitgliedern des Amtsgerichts Bremen.

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung dankend entgegen.

Mitteilung des Senats

vom 18. Januar 1908.

Aufnahme einer Anleihe.

Die Finanzdeputation hat wegen Aufnahme einer Anleihe den anliegenden Bericht erstattet. Der Senat erteilt dem Antrage seine Zustimmung und ersucht die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten.

Anlage.

Bericht.

In ihrem denselben Gegenstand betreffenden Bericht vom 10. Februar 1905 hat die Finanzdeputation die Erwartung ausgesprochen, daß mit der im Jahre 1905 aufgenommenen Anleihe von 30 Millionen Mark voraussichtlich für die nächsten vier oder fünf Jahre auszukommen sein werde. Sie hat dabei aber ausdrücklich hervorgehoben, daß bei Berechnung des Bedarfs besondere Aufwendungen für die Hafenanlagen in Bremerhaven nicht berücksichtigt seien. Nachdem inzwischen der Staatsvertrag mit Preußen über die Erweiterung der Hafen- und Verkehrsanstalten in Bremerhaven zustande gekommen ist, haben die Anleihemittel auch hierfür in beträchtlichem Maße in Anspruch genommen werden müssen. Nach Aufnahme der Anleihe sind ferner für den Industrie- und Handelshafen bei Oslebshausen 11 526 000 M. bewilligt worden (Verhdlgn. 1906 S. 1093, 1161), von denen ein Teilbetrag gleichfalls den verfügbaren Anleihemitteln entnommen ist.

Es muß deshalb eine neue Anleihe aufgenommen werden, für deren Begebung nach dem Stande des Geldmarktes jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sein dürfte.

Die Finanzdeputation glaubt die Aufnahme einer amortisablen 4prozentigen Anleihe im Nominalbetrage von 15 000 000 M. ins Auge fassen und namentlich von der alternativen Ausschreibung einer 3½- oder 4prozentigen Anleihe absehen zu müssen. Sie beantragt daher,

- 1) sie zu ermächtigen, 15 000 000 M. durch Ausgabe 4prozentiger Staatsschuldscheine unter möglichst günstigen Bedingungen anzuleihen;
- 2) zur Deckung der Unkosten 12 000 M. auf das Spezialbudget Nr. 68 für 1907 nachzubewilligen.

Über das Ergebnis der Ausschreibung wird die Finanzdeputation nach Abschluß des Anleihevertrages einen Rechenschaftsbericht erstatten.

Die Finanzdeputation.

(gez.) M. Donandt. (gez.) F. L. Schrage.